

ARGUMENTATIONSHILFE

CO₂-Bepreisung

DIE LINKE.

THEMA

CO₂-BEPREISUNG

Den Markt regeln statt (weiter) machen lassen!

Klimaziele lassen sich über zwei Wege erreichen: über

Marktinstrumente (bzw. Anreizsysteme) oder über

Ordnungspolitik (klare Regeln & Vorgaben). DIE LINKE setzt auf das Ordnungsrecht, Marktinstrumenten wie zum Beispiel dem Emissionshandel oder CO₂-Bepreisung stehen wir skeptisch gegenüber. Das Problem bei Marktinstrumenten:

- Sie sind oft sozial ungerecht, teils einkalkuliert, teils ungewollt und unerwartet. (Bsp.: »Modernisierungsumlage«: Die Grünen wollten für mehr Klimaschutz im Gebäudesektor sorgen, stattdessen machten sie sich schuldig an starken Mieterhöhungen und hunderttausendfacher Verdrängung einfacher Mieter*innen)
- Sie schaffen häufig neue ungerechte Privilegien für Reiche. (Bsp.: City-Maut: Während Reiche einfach weiter in die Innenstadt fahren, können Arme es sich nicht mehr leisten.)
- Sie sind aus Klimaschutzperspektive oft ineffektiv, es gibt keine Garantie, ob und wann Klimaziele tatsächlich erreicht werden. (Bsp.: Emissionshandel)

Ordnungspolitik hingegen lässt sich leicht sozial ausgestalten (z.B. steuerfinanzierte warmmietenneutrale Sanierung statt Modernisierungsumlage und CO₂-Preis für Gebäude), es gilt gleiches Recht für alle ohne Privilegien (z.B. autofreie/ autoarme Innenstadt statt CityMaut) und gesetzte Klimaziele werden sicher erreicht (z.B. geplanter gesetzlicher Kohleausstieg mit Beschäftigungsgarantie und verbindliche Emissionsgrenzen für Konzerne statt Emissionshandel).

Was sagen die anderen?

Union, SPD, Grüne und **FDP** setzen alle (mehr oder weniger) auf Marktinstrumente.

Die **AfD** verweigert Klimaschutz und will aus dem Pariser Klimaabkommen aussteigen.

Die Grünen plädieren für einen Mix aus CO₂-Preiserhöhung und Ordnungsrecht. Die CO₂-Bepreisung wollen sie durch ein »Energiegeld« an alle Bürger*innen ausgleichen. Während die **CDU** will, dass der CO₂-Preis im Gebäudesektor weiterhin allein von den Mieter*innen getragen wird, wollen **SPD** und **Grüne** ihn (zumindest teilweise) auf die Vermieter*innen umlegen.

LINKE Gegenargumente

Rechte Parteien, besonders die FDP, werfen ordnungspolitischen Ansätzen oft vor, »Verbotspolitik« zu sein. Dies lässt sich leicht als zurückweisen. Für den CO₂-Preis gilt beispielsweise, dass er sehr hoch sein muss, wenn er klimarelevante Lenkungswirkung entfalten soll. Wird er so angesetzt, werden sich viele Menschen alltägliche Dinge nicht mehr leisten können, z.B. Autofahren. Es handelt sich also faktisch für die gering- bis normalverdienende Mehrheit der Bevölkerung ebenfalls um ein Verbot, aber ohne, dass das Wort »Verbot« ausgesprochen werden muss. Reiche haben die Straßen dann für sich. Aus LINKER Sicht muss gleiches Recht für alle herrschen, statt Sonderrecht für Reiche.